

# Was hat Soziale Arbeit mit politischen Bedingungen zu tun?

Ein polemischer Zwischenruf von Andrea Dittmann

Als eine, die Ende der 1970er Jahre im Westen Deutschlands Sozialpädagogik studiert hat, ist diese Frage zunächst befremdlich, erklärten sich viele von uns doch damals jede aufkommende Problemlage mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen, genauer gesagt den kapitalistischen Produktionsbedingungen (vgl. Hollstein/Meinhold, 1973<sup>1</sup>), an die die Menschen mit Hilfe von Sozialer Arbeit angepasst werden sollten. Angesichts einer hohen Zahl von arbeitslosen Menschen, die in der Folge unter prekären Wohn- und Lebensbedingungen litten oder Menschen, die an der Leistungsgesellschaft scheiterten und in die Kriminalität oder Suchterkrankung „abrutschten“ waren wir uns einig, dass die Soziale Arbeit diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern musste, um wirklich die Lebenssituation ihrer Adressat\*innen zu verbessern. Die große gesellschaftliche Aufbruchstimmung, in deren Zeichen die Studentenbewegung, die Frauenbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die Friedensbewegung u.v.m. entstanden waren, inspirierte viele von uns – auch an der damaligen Gesamthochschule Siegen! – im Denken und im Handeln, und nichts schien uns abwegiger, als eine „alternativlose Politik“ hinzunehmen.

In endlosen Vollversammlungen, Fachschaftssitzungen und hochschuldidaktischen Seminaren diskutierten wir mit Verve über die kritisch zu bewertende Funktion Sozialer Arbeit als systemstabilisierender Faktor, der die Benachteiligten und Verlierer des ausschließlich profitorientierten Gesellschaftsmodells zum Stillhalten motivieren und von Aufruhr und Widerstand fernhalten sollte. Nicht selten quälten uns moralische Selbstzweifel, ob wir angesichts dieser Erkenntnisse das Studium überhaupt fortsetzen und am Ende in die Praxis der Sozialen Arbeit gehen sollten. Tröstend waren da der Blick auf die emanzipatorische Funktion der Sozialen Arbeit (der Empowerment-Ansatz wurde erst später diskutiert) und der Diskurs über die von Sozialpädagog\*innen zu übernehmende lautstarke Interessensvertretung der Randgruppen in der Gesellschaft. Last not least erkannten wir bei unseren ersten praktischen Schritten in die Soziale Arbeit die Chancen, ganz praktisch ein wenig für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir – z.T. mit einem subversiven Selbstverständnis - unsere Adressat\*innen über alle optionalen Rechtsansprüche und ihnen zustehenden Ressourcen informierten und sie bei der Antragstellung oder Formulierung von Widersprüchen mit großem Engagement unterstützten.

So gestärkt brachen wir unser Studium nicht ab, sondern gestalteten es mit, indem wir hochschulpolitisch überall präsent waren, uns aktiv an den Berufungsverfahren der neuen Professor\*innen beteiligten, regelmäßig wegen landespolitischer Bildungsentscheidungen oder Senatsbeschlüsse, die wir missbilligten, zum Streik oder zur Demo aufriefen, etc. Aus der Vielzahl unterschiedlich ausgerichteter, durchaus konkurrierender linker Hochschulgruppen wählten wir die für uns überzeugendste und beteiligten uns am (lustvollen) Gerangel um den „roten Stein der

---

<sup>1</sup> Hollstein, Walter & Meinhold, Marianne (1973): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt am Main. In diesem damals viel beachteten Buch setzen sich die Autor\*innen mit der Sozialarbeit im Kapitalismus auseinander und wiesen ihr vor allem die Funktion zu, sich um die Erhaltung des Arbeitskräfte-Potentials zu kümmern.

Weisen“ (vgl. Wolf Biermann, 1976<sup>2</sup>) und die richtige Positionierung im 'linken Lager' zwischen Solidarität und Abgrenzung. Dabei ging es zunächst um die großen Dimensionen der politischen Theorien und ihrer Idole, um die feministisch geprägte Patriarchats-Kritik, etc., aber wir setzten uns auch mit realpolitischen Entscheidungen der Regierung und deren Folgen auseinander. Einig waren wir uns, dass wir aufgerufen waren, Einfluss zu nehmen auf die Studienbedingungen und (wann immer möglich) auch -inhalte. Viele von uns wurden schon während des Studiums Mitglieder in einer einschlägigen Gewerkschaft, um nach Eintritt in die Praxis in dieser Tradition auch auf die Arbeitsbedingungen einwirken zu können, unter denen dann eine systemkritische, emanzipatorische und parteiische Arbeit im Sinne der Adressat\*innen vorangetrieben werden konnte.

Genug der Nostalgie und der nachträglichen Verklärung ...

Heute – 40 Jahre später – erlebe ich in der Rolle einer Lehrenden im Studiengang Soziale Arbeit eine gänzlich anders orientierte Studierendenschaft und finde rein gar nichts Befremdliches mehr an der Ausgangsfrage.

Wurden in der oben skizzierten Studienzeit von den linken Studierenden alle Probleme – z.T. durchaus undifferenziert - auf ihre gesellschaftlichen Ursachen reduziert und jede Verantwortung der/des Einzelnen geleugnet, scheinen die Studierenden heute ihren Blick vor allem auf die jeweils individuellen Spezifika der Adressat\*innen im Kontext ihrer Problemlagen zu richten. Sahen sich viele Studierenden in den sozialpädagogischen Studiengängen von damals als Sprachrohr der entrechteten Randgruppen oder – gemäßigter – als aktive Unterstützer des Kampfes um Soziale Gerechtigkeit oder Chancengleichheit, so erklären viele angehende Sozialpädagog\*innen heute ihre Studienmotivation mit ihrem Interesse an der 'Arbeit mit Menschen', mit der sie die individuell fehlenden Ressourcen der Klient\*innen möglichst professionell kompensieren möchten. Die meisten von ihnen gehören der Generation an, die vom neoliberalistischen Gesellschafts- und Menschenbild geprägt ist: 'Jede/r ist ihres/seines Glückes Schmied\*in' – 'Alles geht, wenn du es wirklich willst'. Das staatlicherseits zum Grundprinzip erklärte Motto des 'Forderns und Förderns' für die Arbeit mit Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, tragen sie unhinterfragt mit und Überlegungen, welche gesellschaftliche Funktion Soziale Arbeit heute hat, würden sie ohne Aufforderung nicht anstellen. Die deutlichen Tendenzen der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit (vgl. Mechthild Seithe 2010<sup>3</sup>), die Einschränkungen oder Behinderungen fachlich sinnvoller Weiterentwicklungen wegen angeblich 'leerer Kassen' stoßen bei vielen Studierenden auf achselzuckende Akzeptanz. Der Trend zur Standardisierung von Arbeitsprozessen und Verfahren in der Sozialen Arbeit wird nicht länger als drohende

---

<sup>2</sup> Wolf Biermann, geb. 1936, politischer Liedermacher und Lyriker. Biermann siedelte 1953 in die DDR um, wo er als Regimekritiker bekannt wurde. 1976 wurde ihm eine spätere Wiedereinreise aus der [Bundesrepublik Deutschland](#) nach einer zuvor genehmigten Konzerttour verweigert und er wurde [ausgebürgert](#). Die Ausbürgerung Biermanns löste in Ost- und Westdeutschland breite Proteste aus. Wolf Biermann lebt seitdem in Hamburg und hat in den folgenden Jahrzehnten viele neue Lieder und Texte produziert.

<sup>3</sup> Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit. Wiesbaden. Das Schwarzbuch thematisiert und skandalisiert die Folgen der jüngeren Sozialpolitik für die Soziale Arbeit. Ausführlich beschäftigt sich die Autorin mit der ‚Ökonomisierung der Sozialen Arbeit‘ und deren Auswirkungen auf die professionellen Deutungsmuster. Im Ausblick plädiert sie für eine ‚kritische Soziale Arbeit‘ und zeigt unterschiedliche Strategieebenen auf.

Entprofessionalisierung diskutiert, sondern als sinnvolle Orientierung gebende Handlungsmaxime und Beitrag zur übergreifenden Professionalisierung wahrgenommen.

Im letzten Sommersemester bot ich ein Seminar an, in dem die Rahmenbedingungen in der Sozialen Arbeit mit Fokus auf die Hilfen zur Erziehung im Zentrum standen. Während dieser Zeit ging eine aktuelle Studie der Universität Koblenz zum massiven Qualitätsverlust mit Blick auf den Kinderschutz durch die fehlenden Personalressourcen in den Allgemeinen Diensten der Jugendämter (2018<sup>4</sup>) durch die Medien. Laut der Studie von Kathinka Beckmann<sup>5</sup> verfügen nur 68 % der Jugendämter über eine Personalausstattung, wie sie von der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst seit Jahren gefordert wird. Ich fragte – tatsächlich ganz unbedarft davon ausgehend, dass auch die Studierenden diese Nachricht aufgenommen hatten, nach deren Resonanz. Keine/r der 24 Kommiliton\*innen hatte davon gehört; die Nachrichtenticker in den benutzten Sozialen Medien hatten wohl darüber nichts gemeldet. Kurze Zeit später wurde das Gerichtsurteil bezogen auf den dramatischen, von der Mutter und dem Stiefvater zu verantwortenden jahrelangen Missbrauch eines Jungen in Staufen im Breisgau bundesweit medial zur Kenntnis genommen. Auch die besondere Aufgabenstellung im Kontext des § 8a des SGB VIII war Gegenstand unseres Seminars; wieder machte ich die Erfahrung, dass die Studierenden nichts von diesen Nachrichten gehört hatten. Auf meine Rückfragen hin wurde deutlich, dass aktuelle Themen der Tagespolitik von ihnen nicht systematisch aufgenommen wurden und die von mir hergeleitete Relevanz dieser Informationen für die im Seminar behandelten Inhalte erzeugte sowohl Erstaunen als auch eine gewisse Betretenheit.

Auch die sozialpolitischen Entscheidungen der Bundesregierungen der letzten Jahre schienen den Studierenden nicht nur fremd zu sein, sondern standen für sie zunächst gar nicht im Zusammenhang mit der Sozialen Arbeit. Mein exemplarischer – eher pragmatisch ausgerichteter - Hinweis auf die zunehmende Ganztagsorientierung aller (Bildungs-)Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Auswirkung auf die Arbeitszeiten in vielen Feldern der Sozialen Arbeit in Richtung Abendstunden wiederum löste bei einigen sichtbare Betroffenheit aus.

Das hochschulpolitische Engagement der Studierenden nimmt in den letzten Jahren zunehmend ab (die Wahlbeteiligung der Studierenden bei der Wahl des Studierendenparlaments 2018 lag bei 8,5 %) und in den Gremien wird eine studentische Perspektive kaum mehr artikuliert. Eine kürzlich anberaumte konstituierende Sitzung einer Berufungskommission für eine Professur im Bereich der Sozialpädagogik fand – trotz der Wahl studentischer Vertreter\*innen – ohne studentische Beteiligung statt. Die Optionen zur Einflussnahme auf künftige Professor\*innen, deren Ausrichtung und Forschungsinteressen werden scheinbar nicht mehr wahrgenommen.

Nach Abschluss des Studiums verzichten die meisten Absolvent\*innen seit vielen Jahren auf eine berufspolitische Organisation und in einschlägigen Gesprächen mit ihnen wird deutlich, dass die

---

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/jugendamt-kindesmissbrauch-101.html> (Abruf 21.11.2018)

<sup>5</sup> Prof. Dr. Kathinka Beckmann, Universität Koblenz: In einer aktuellen repräsentativen Studie ermittelt die Sozialwissenschaftlerin und Politologin mit dem Schwerpunktthema ‚Kinderschutz‘ erhebliche folgenreiche Defizite bei der Personalausstattung der Jugendämter in Puncto Kinderschutz und fordert, den Kinderschutz als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu definieren und zu finanzieren.

Bereitschaft, ungünstige Arbeitsbedingungen trotz gleichzeitigen Fachkräftemangels zu akzeptieren bzw. individuell damit umzugehen, steigt ...

Und nun – welche möglichen Konsequenzen ergeben sich daraus?

- Die Entpolitisierung der künftigen professionellen Akteure in der Sozialen Arbeit mit Blick auf deren gesellschaftliche Funktion und auf die politische Dimension der Lebenswelten der Adressat\*innen bzw. die Entstehungskontexte ihrer Problemlagen, hat das Potential, die Soziale Arbeit auf eine unkritisch erbrachte sozialstaatliche Dienstleistung zu reduzieren.
- Die unhinterfragte Akzeptanz der sog. ökonomischen Sachzwänge als konstituierendes Element fachlicher Prozesse in der Sozialen Arbeit und die selbstverständliche Übernahme von standardisierten Abläufen kann die Entprofessionalisierung der Sozialen Arbeit befördern und ggf. zur Entakademisierung der handelnden Akteur\*innen führen.
- Das Desinteresse an tagespolitischen Ereignissen und Informationen und die fehlende Verknüpfung von sozialpolitischen Entscheidungen mit der daraus entstehenden Aufgabenpalette und den Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit birgt das Risiko, dass sich die Profis in der Sozialen Arbeit auf die Funktion der einzelfallorientierten Helfer\*innen von Menschen in scheinbar individuell verursachten Problemlagen reduzieren lassen. Darüber würde die Soziale Arbeit ihrem Auftrag, als Seismograph für entstehende gesellschaftliche Problemlagen und als Sprachrohr für Menschen, die sich angesichts fehlender Ressourcen nicht selbst vertreten können, nicht mehr gerecht werden (vgl. DBSH<sup>6</sup> und International Federation of Social Workers - IFSW<sup>7</sup>).
- Das ausbleibende Engagement der meisten Studierenden in der Hochschulpolitik führt zu einer immer geringeren Einflussnahme der Betroffenen auf Studienbedingungen, Curricula und Lehrformen und letztlich zu einem Verlust von demokratischem Selbstverständnis und Selbstwirksamkeitserfahrung auf einer kollektiven Ebene.
- Die sich bei den Berufsanfänger\*innen schlüssigerweise daraus ergebene fehlende berufspolitische Organisation bzw. der Verzicht auf berufspolitisches Engagement hat das Zeug, dazu beizutragen, dass die Profis in der Sozialen Arbeit weiterhin die am schlechtesten bezahlten Akademiker\*innen bleiben, besonders Burn-Out gefährdet sind etc.. Und das angesichts eines massiven Fachkräftemangels!

Aus meiner Sicht ist es unverzichtbar, in Seminaren und weiteren Veranstaltungen innerhalb des Studiengangs die Studierenden für die politische Dimension der Sozialen Arbeit zu sensibilisieren und sie ggf. auch dafür zu begeistern. Darauf zu bauen, dass sich die Studierenden diese Perspektive selbst erschließen, erscheint angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre eher naiv.

---

<sup>6</sup> Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit – mit 6000 Mitgliedern der größte Berufsverband in Deutschland für Sozialpädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen mit Sitz in Berlin

<sup>7</sup> Der IFSW ist eine weltweite Vereinigung von Sozialpädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen aus über 116 Ländern. Der IFSW unterstützt mit seiner Arbeit nationale Organisationen Sozialer Arbeit weltweit. Vernetzung, Kooperation und Vertretungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen (Europarat, Social Plattform, UNO, ECOSOC, etc.)